



Antrag

23.03. 2007

Erika Braungardt-Friedrichs
Roland Glaser
Andrea Le Lan
Gertrud Miller-Poth
Irmgard Rittberger-Rückert
Dr. Martin Rosemann
Hans Schreiber
Hannah Tiesler
Klaus te Wildt

Tübingen auf den demografischen Wandel vorbereiten

1. Die Verwaltung erarbeitet noch in diesem Jahr eine Analyse, die die Folgen des demographischen Wandels für die Universitätsstadt Tübingen und die einzelnen städtischen Politikbereiche beschreibt.

2. Die Verwaltung organisiert noch in diesem Jahr einen Workshop des Gemeinderats mit Verbänden, Vereinen und Initiativen, bei dem auf der Grundlage der vorgelegten Analyse die Handlungsfelder diskutiert und definiert sowie kommunale Handlungsstrategien entwickelt werden.

Die Konzeption des Workshops sowie die Zusammenstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden auf Basis der vorgenommenen Analyse mit dem Gemeinderat abgestimmt.

3. Die Verwaltung entwirft auf der Basis der Analyse und der Ergebnisse des Workshops einen Handlungs- und Planungsrahmen, der den städtischen Aufgabekatalog auf die sich ändernde Altersstruktur abstimmt. Dieser wird dem Gemeinderat zu Beginn des Jahres 2008 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Begründung:

Die Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten fordern insbesondere auch auf kommunaler Ebene die Entwicklung von Strategien heraus, die diesem demografischen Wandel gerecht werden.

Prognosen über den Umfang der demografischen Verschiebungen liegen vor. So errechnet die aktuelle Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes für Tübingen, dass bis zum Jahr 2025 die Zahl der unter 15-Jährigen von derzeit 10.700 auf 8.200 sinken wird (von 13% auf 10%), während die Zahl der über 65-Jährigen von 11.100 auf 16.100 steigen wird (von 13% auf 20%). Das Durchschnittsalter im Kreis Tübingen wird von 39,4 auf 45 Jahre steigen.

> Seite 2



Die Entwicklung insgesamt wirkt sich tiefgreifend auf viele originär kommunalpolitische Aufgabenbereiche der Städte aus. Beispielhaft genannt seien die Kinderbetreuung und die schulische Infrastruktur, die soziale Infrastruktur mit Blick auf den steigenden Anteil älterer Menschen, Konzepte für das Zusammenleben der Generationen, Kultur- und Bildungsangebote, städtebauliche, womöglich flexible Konzepte, die Anforderungen der älteren Menschen besonders berücksichtigen. Dazu kommen, wieder nur beispielsweise, die zu erwartenden Veränderungen auf dem Wirtschafts- und Erwerbssektor.

Es handelt sich um ein sehr komplexes Thema. Die im Zusammenhang damit stehenden Fragen aufzuarbeiten, ist einmal mit Blick auf die zu erwartenden Anforderungen und Erwartungen der älter werden Bevölkerung geboten. Aber auch die vorausschauenden Planungen für Entwicklung und Positionierung der Stadt machen eine rechtzeitige und wohl fundierte Berücksichtigung der demographischen Entwicklung notwendig.

Für die SPD-Fraktion



Dr. Martin Rosemann



Klaus te Wildt